

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 03 · 08.05.2013

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|---|
| 02 | Zu Ehren von Otto Wels | 10 | Das Steuerabkommen hätte Steuerhinterziehung nicht verhindert |
| 03 | Editorial | 11 | Es geht um eine bessere Gesellschaft |
| 04 | Stress fressen Seele auf | 12 | Raus aus der Beitragsschuldenfalle |
| 05 | Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit | 12 | Reloadtaste beim Emissionshandel drücken |
| 05 | Arbeit für behinderte Menschen | 13 | Die Ergebnisse der „Fortschrittsenquete“ |
| 06 | Solidarität mit Zypern | 14 | Eine Frage des Selbstverständnisses |
| 07 | Politik für einen starken Mittelstand | 14 | Den syrischen Flüchtlingen helfen |
| 08 | Projekt Zukunft – Deutschland 2020:
In eine starke Wirtschaft investieren | 15 | Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion |
| 09 | Millionengauereien schaden den Anständigen | 15 | Zweites Planspiel voller Erfolg |
| | | 16 | Personalie/Impressum |

Mehr Informationen gibt es hier:

www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/googleplus
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Zu Ehren von Otto Wels

Otto Wels war ein Mann, wie es ihn nicht oft gibt – ein gradliniger, freiheitsliebender Demokrat, bereit, für seine Ideale notfalls mit seinem Leben zu bezahlen. Vor genau 80 Jahren hielt der damalige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Reichstag seine legendäre Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. Die SPD-Fraktion hat Ende März ihm zu Ehren zu einer Gedenkveranstaltung geladen.



Frank-Walter Steinmeier begrüßt die Familie von Otto Wels.

Die besten Bewerberinnen und Bewerber für den Otto-Wels-Preis für Demokratie.

Feierliche Preisverleihung mit Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Mo Asumang.

Die Gedenkveranstaltung zu „80 Jahre Otto-Wels-Rede“ begann mit einem historischen Exkurs. Frank-Walter Steinmeier erklärte, es gehe darum, einen Moment stehenzubleiben und innezuhalten, um an den Mann zu erinnern, der den Mut hatte, im Angesicht der drohenden Nazi-Diktatur ans Rednerpult zu treten – zur letzten freiheitlich-parlamentarischen Rede.

Auch Nachfahren von Otto Wels waren gekommen: Steinmeier begrüßte die Schwiegerenkelin, die Urenkelin und den Ururenkel des damaligen Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion. Auch Bischof Markus Dröge war gekommen, sein Großvater war einer der sozialdemokratischen Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erinnerte daran, dass keine Partei in Europa älter sei als die deutsche Sozialdemokratie. Er mahnte, wir alle müssen daran denken, was Leute wie Wels und seine Genossinnen und Genossen damals für den Kampf um die Demokratie aufgegeben haben.

Anschließend analysierte der renommierte Historiker Heinrich August Winkler die Wels-Rede und die Umstände, unter denen sie gehalten wurde. Der Schauspieler Ulrich Matthes las aus der Rede von Otto Wels vor.

Nach der historischen Gedenkfeier folgte der mit Spannung erwartete Höhepunkt der Veranstaltung – die Verleihung des Otto-Wels-Preises. Hunderte Gäste kamen ins Reichstagsgebäude. Applaus brandete im Fraktionssaal auf – der übri-

gens nach Otto Wels benannt ist –, als Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück die Namen derjenigen Jugendlichen nannten, die beim Otto-Wels-Preis für Demokratie die ersten drei Plätze belegt haben. Unter den Augen von Polit-, Sport- und Kulturprominenz nahmen die jungen Leute ihre Auszeichnung entgegen.

Zum ersten Mal hatte die SPD-Fraktion den Otto-Wels-Preis ausgelobt. Ziel war es, junge Leute zu motivieren, sich für Toleranz und Demokratie einzusetzen. Aus dutzenden Bewerbungen von Jugendlichen aus ganz Deutschland hatte eine Jury der SPD-Fraktion die besten zehn Bewerberinnen und Bewerber ausgesucht, die eine Urkunde bekamen. Die ersten drei erhielten zudem einen Geldbetrag, der von den Abgeordneten gestiftet wurde.

Die feierliche Preisverleihung war eingebettet in ein Gespräch zwischen Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, moderiert von Mo Asumang. Steinmeier hinterfragte dabei, warum Otto Wels in der Öffentlichkeit so wenig Beachtung findet, wieso viele seinen Namen kaum zuordnen können. Peer Steinbrück wies darauf hin, dass Sozialdemokraten wie Wels es sind, die uns alle mahnen sollten, in welcher privilegierten, weil freiheitlicher Situation wir heute in Deutschland und Europa leben.

Die Reden können auf www.spdfraktion.de oder über den nebenstehenden QR-Code nachgelesen werden.



Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit Monaten sind wir mit der schwarz-gelben Blockade nahezu aller politischen Initiativen konfrontiert. Nichts geht mehr im Kabinett Merkel. Deutschland wird nicht mehr regiert, sondern blockiert. Union und FDP haben den Mindestlohnvorstoß der Länder blockiert. Sie haben unseren Vorstoß für eine Frauenquote blockiert. Jetzt hat Merkel auch die Begrenzung des Strompreisanstiegs blockiert. Umweltminister Altmaier wurde kalt gestellt. Das Kanzleramt hat bei der Koordinierung der Bund-Länder-Gespräche über eine Strompreisbremse versagt. Nicht das erste Mal ist Merkels Kanzleramt ein Totalausfall. Schwarz-Gelb ist entscheidungsunfähig und nimmt bis zur Bundestagswahl nichts mehr ernsthaft in Angriff. Wir sind zur Fortsetzung der Gespräche über die Kontrolle der Strompreise bereit. Wenn Merkel will, können wir noch immer vor der Sommerpause zu Ergebnissen kommen. Unsere mit den rot-grün regierten Ländern abgestimmten Vorschläge zur Senkung der Stromsteuer liegen auf dem Tisch.



Unser Gemeinwesen verliert zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr durch grenzüberschreitende Steuerhinterziehung. Frau Merkel und Herr Schäuble haben mit der Schweiz ein Steuerabkommen verhandelt, das diese Steuerhinterzieher geschont hätte. In Seehofers Bayern fehlen hunderte Beamte für Steuerfahndung und Betriebsprüfungen. Teilweise liegen 40 Jahre zwischen den Kontrollen. So macht man es den Leuten leicht, Steuern zu hinterziehen.

Für uns ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Sie verletzt die Solidarität in der Gesellschaft und untergräbt die Fundamente des Rechtsstaates. Steuerehrlichkeit bedeutet sehr viel mehr als nur Staatseinnahmen in Euro und Cent. Deswegen lassen wir es nicht zu, dass einige Privilegierte sich heimlich, still und leise auf Kosten aller anderen Steuerpflichtigen rauskaufen können. Deswegen ist es auch richtig, den Druck auf die Steuerhinterzieher aufrecht zu halten, z. B. durch den Ankauf von Steuer-CDs.

Peer Steinbrück hat einen 8-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Steuerbetrug vorgelegt, den die SPD-Bundestagsfraktion noch vor der Sommerpause in den Deutschen Bundestag einbringen wird. Wir wollen eine effektivere Steuerfahndung, einen automatischen internationalen Informationsaustausch und harte Sanktionen gegen Banken, die Steuerhinterziehern behilflich sind. Steueroasen wollen wir austrocknen. Wenn das alles gelungen ist, ist die strafbefreiende Selbstanzeige überflüssig.

A handwritten signature in black ink that reads "Frank-Walter Steinmeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Stress fressen Seele auf

Mit dem Wandel der Arbeitswelt wachsen die physischen und psychischen Belastungen. Die Verdichtung der Arbeit, steigende Arbeitszeiten, immer mehr Schicht, Abend- und Nachtarbeit, steigende inhaltliche Anforderungen und Personalabbau erhöhen den Druck auf Beschäftigte.

Wer dauerhaft unter Druck und Stress leidet, droht psychosomatisch oder psychisch zu erkranken. Das wird häufig chronisch. Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2012 zeigt, dass psychische Störungen mittlerweile häufig zu langer Arbeitsunfähigkeit beitragen und auch die „Haupterkrankungsursache für Frühberentungen“ sind. Gleichzeitig belegen Studien, dass sich Arbeitgeber ihren Pflichten beim Arbeitsschutz entziehen. Zudem ist das Engagement in der betrieblichen Gesundheitsförderung mangelhaft. Die Bundesregierung tut nichts Substanzielles, um gegen übermäßigen Stress in der Arbeitswelt vorzugehen. Selbst die von Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) angekündigte gemeinsame Erklärung der Sozialpartner zur psychischen Gesundheit bei der Arbeit ist in letzter Sekunde an den Arbeitgebern gescheitert.

verpflichtet werden, ein Wiedereingliederungsgespräch mit Beschäftigten zu führen, die im Laufe des letzten Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig waren. Die Ergebnisse sind zu dokumentieren. Setzen Betriebe das BEM nicht um, sollen Sanktionen verhängt werden. Beschäftigte, die ihre Arbeit aufgrund von Konflikten (Extremfall Mobbing) nicht mehr ausüben können, sollen die Möglichkeit haben, den Arbeitsplatz innerbetrieblich zu wechseln.

Gesundheitsförderung in Betrieben verbessern

Die Arbeitnehmervertretung soll ein echtes Mitbestimmungsrecht bei der Umgestaltung von Arbeitsplätzen erhalten. Die Krankenkassen sind verstärkt bei der betrieblichen Gesundheitsförderung einzubeziehen. Zusätzlich sollen in allen Betrieben Gefahren am Arbeitsplatz beurteilt und dokumentiert werden. Dabei sind auch psychische Gefährdungen zu erfassen. Die Aufsichtsbehörden der Länder und Unfallversicherungsträger sollen die Umsetzung überwachen und Verstöße sanktionieren. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit psychische Erkrankungen in die Berufskrankheitenliste aufgenommen werden können. Nur so ist es möglich, Betroffenen Prävention und Rehabilitation zu gewähren oder sie durch die Unfallversicherung zu entschädigen.

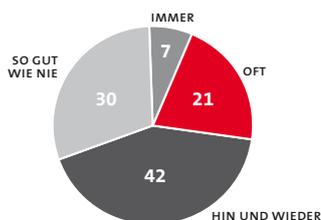
Reha-Budget erhöhen – flexible Übergänge in die Rente schaffen

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, eine umfassende Strategie zur Weiterentwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu erarbeiten. Die Aufsichtsbehörden der Länder und Unfallversicherungsträger sind dazu zu stärken, indem einheitliche Ausbildungsstandards eingeführt werden und die Zahl der Betriebsärzte, Arbeitsmediziner sowie das Personal der Arbeitsschutzaufsicht erhöht wird. Darüber hinaus will die SPD-Fraktion das Budget für Rehabilitationsmaßnahmen (Reha-Deckel) durch den Einbezug der demografischen Entwicklung erhöhen. Älteren Beschäftigten, die weniger leistungsfähig sind, soll der Übergang in die Rente erleichtert werden. Zum Ausgleich von Abschlägen bei der Rente sollen Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung eingezahlt werden können. Darüber hinaus soll eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr eingeführt werden bzw. flexible Übergangsmodelle.

Stress am Arbeitsplatz?

„Bringt Sie Stress am Arbeitsplatz an die Grenzen der körperlichen und seelischen Belastung?“

Angaben in Prozent



Schutz vor Leistungsdruck und Stress durch Unternehmen?

Unternehmen sollten mehr als heute tun, um die Mitarbeiter vor zu hohem Leistungsdruck und gesundheitsschädigendem Stress am Arbeitsplatz zu schützen.



Quelle: forsa-Umfrage April 2013. An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Anti-Stress-Verordnung einführen

Mit einem Antrag fordert die SPD-Fraktion eine „Anti-Stress-Verordnung“. Damit soll eine Regelungslücke im Arbeitsschutz geschlossen werden. Die Verordnung soll die Gestaltung der Arbeitsaufgabe, der Arbeitsorganisation, die sozialen Bedingungen am Arbeitsplatz, die Gestaltung der Arbeitszeit sowie der Arbeitsplatz- und Arbeitsbedingungen umfassen.

Wiedereingliederungsmanagement umsetzen

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) soll in den Unternehmen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Arbeitgeber sollen

Den Antrag zum Nachlesen gibt es unter www.spdffraktion.de

Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit

Jede/r fünfte Erwerbstätige arbeitet laut Statistischem Bundesamt in Teilzeit. Doch die meisten Erwerbstätigen in Teilzeitjobs arbeiten entweder mehr als gewünscht oder weniger. Trotz des 2001 eingeführten Anspruchs auf Arbeitszeitverringerung gibt es noch immer Schwierigkeiten, diesen Teilzeitwunsch beim Arbeitgeber durchzusetzen, was oft in langwierige Rechtsstreitigkeiten mündet.

Rund die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten nennt Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder weitere familiäre Verpflichtungen als Grund für die reduzierte Arbeitszeit. Das sind in erster Linie Frauen. Sie gelangen so oft in die „Teilzeitfalle“, weil es ihnen häufig nicht gelingt, ihre Arbeitszeit wieder zur Vollzeit aufzustoßen.

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag erarbeitet, der vorsieht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Zeitsouveränität einzuräumen. Das heißt, sie sollen ihre Wünsche nach Stundenreduzierung oder Stunden-erhöhung leichter durchsetzen können. Alle Beschäftigten sollen die Möglichkeit haben, in die befristete Arbeitszeitreduzierung zu wechseln, die mindestens sechs Monate und bis zu fünf Jahre betragen darf. Danach haben sie einen automatischen Anspruch, wieder Vollzeit arbeiten zu können. Beides soll im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankert werden.

Der Arbeitgeber soll künftig den Teilzeitwunsch eines Mitarbeiters nur bei dringenden betrieblichen Gründen (statt nur betrieblichen) ablehnen können. Und die SPD-Fraktion will eine vorläufige Vollstreckbarkeit erstinstanzlicher Urteile zur Arbeitszeitänderung einführen. Das soll verhindern, dass Arbeitgeber die Umsetzung der Urteile durch Berufung so lange verzögern, bis sie für den Arbeitnehmer obsolet sind. Auch die Mitbestimmung des Betriebsrates bei Einstellungen soll, wenn Arbeitszeit-Verringerungs- oder Verlängerungswünsche von Beschäftigten vorliegen, erweitert werden.

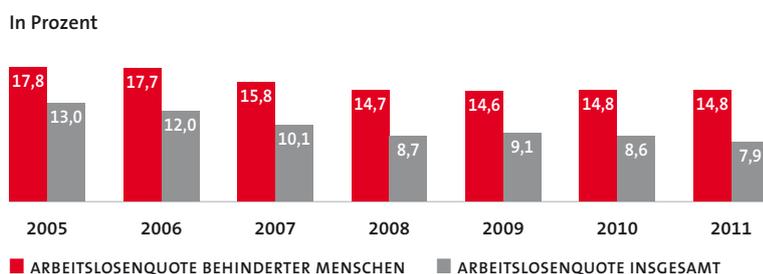
Arbeit für behinderte Menschen

In Deutschland sind Unternehmen ab 20 Arbeitsplätzen verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung zu stellen. Fast jedes dritte Unternehmen erfüllt die gesetzliche Beschäftigungspflicht nicht oder nur mangelhaft. Wer der Verpflichtung nicht nachkommt, muss eine Ausgleichsabgabe bezahlen, die je nach Erfüllungsquote zwischen 115 Euro bis 290 Euro pro Monat und unbesetztem Pflichtplatz liegt. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen ist seit Jahren fast doppelt so hoch wie die der nicht-behinderten Menschen.

Die SPD-Fraktion will für behinderte Menschen einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und hat dazu in einem Antrag einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Sie will Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen, um für schwerbehinderte Menschen eine bessere Beschäftigungsquote zu erreichen. Dazu soll die Ausgleichsabgabe je nach Erfüllungsquote mehr als verdoppelt werden. Die Pflichtquote soll von fünf auf sechs Prozent angehoben werden. Letztere war 2003 abgesenkt worden mit der Verpflichtung für die Unternehmen, schwerbehinderte Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Das hat jedoch nicht funktioniert. Also soll die Quote wieder erhöht werden.

Vor allem will die SPD-Fraktion die Beschäftigung in Integrationsunternehmen und -projekten fördern. Ziel der im Antrag genannten Maßnahmen ist die bessere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Arbeitsmarkt. Dazu soll in den Arbeitsagenturen und Jobcentern speziell ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen, das besser beraten und Menschen mit Behinderung in Arbeit vermitteln kann. In Betrieben, in denen Menschen mit Behinderung arbeiten, will die SPD-Fraktion ihre Interessenvertretung verbessern. Deshalb soll die Schwerbehindertenvertretung zu einer Behindertenvertretung weiterentwickelt werden.

Arbeitslosenquote insgesamt und von behinderten Menschen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012/Berechnungen des DGB

Mehr zu den beiden Anträgen gibt es auf www.spdfraktion.de



Solidarität mit Zypern

Aber keine Solidarität mit Steuerdumping und Steuerhinterziehung

Am 22. April hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit grünes Licht für die Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ESM für Zypern gegeben. Vorausgegangen war eine monatelange Debatte über ein Hilfsprogramm, bei dem sich die SPD-Fraktion in vielen Punkten erfolgreich durchsetzen konnte.

Bereits zu Beginn des Entscheidungsprozesses hatte die SPD-Fraktion klare Bedingungen für eine Zustimmung gestellt: Der völlig überdimensionierte Bankensektor des Landes muss deutlich geschrumpft, die Geldwäsche nachprüfbar bekämpft und die Einnahmeseite des zyprischen Staates gestärkt werden. Kurzum, das auf Steuerdumping und laxen Vorschriften beruhende zyprische Geschäftsmodell muss ein Ende haben.

Diese Bedingungen wurden durch das zur Abstimmung vorliegende Rettungsprogramm erfüllt. Zum ersten Mal werden auch in großem Umfang die Hauptverursacher der Krise und Profiteure des zyprischen Finanzplatzes, nämlich die Aktionäre und vermögenden Einleger der Banken, an den Rettungskosten beteiligt. Damit wird der europäische und deutsche Steuerzahler geschont, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon lange vehement gefordert haben.

Die zweitgrößte Bank des Landes „LAIKI“ wird dazu abgewickelt. Der Marktführer „Bank of Cyprus“ wird umstrukturiert und sein gesamtes ausländisches Filialnetz abgeben müssen. Spareinlagen unter 100.000 Euro bleiben bei allen Banken des Landes unangetastet.

Höhere Steuern und Überprüfung der Geldwäsche

Zum ersten Mal ist es gelungen, durch europäischen Druck einen Steuersatz in einem Mitgliedsland zu erhöhen. Auch wenn wir uns eine stärkere Erhöhung der Unternehmenssteuer gewünscht hätten, so ist die Anhebung auf 12,5 Prozent ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Quellensteuer auf Zinserträge wird ebenfalls erhöht.

Die Überprüfung der Anti-Geldwäsche-Standards in der praktischen Umsetzung wird durch Experten des Europarates und ein renommiertes Wirtschaftsprüfungsinstitut durchgeführt.

Verunsicherung durch Merkel und Schäuble

Unsere Zustimmung zu konkreter Hilfe für Zypern ist aber mitnichten eine Zustimmung zum verheerenden Krisenmanagement der schwarz-gelben Bundesregierung. Die erste Einigung der Eurogruppe, die vorsah, auch Spareinlagen unter 100.000 Euro heranzuziehen, war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten völlig inakzeptabel. Mit Zustimmung von Frau Merkel und Herrn Schäuble wurde damit ein verhängnisvoller Tabubruch begangen, der viel Vertrauen auch bei deutschen Sparern zerstört hat. Mit dem Vorhaben, auch Kleinsparer an der Bankenrettung zu beteiligen, hat Finanzminister Schäuble Angst und Verunsicherung in Europa verbreitet. Dafür trägt allein die schwarz-gelbe Bundesregierung die Verantwortung.

SPD-Fraktion hat Konzept gegen Steuerbetrug vorgelegt

Auch den Kampf gegen Steueroasen und Steuerdumping hat sie sträflich vernachlässigt. Bundeskanzlerin Merkel hat vier Jahre ungenutzt verstreichen lassen, obwohl unter Finanzminister Peer Steinbrück bereits wichtige Schritte unternommen wurden. Die SPD hat mit der „Braunschweiger Erklärung“ schon im Januar konkrete Konzepte gegen Steuerbetrug und Steuerflucht vorgelegt. Mit einem Acht-Punkte-Plan hat Peer Steinbrück am 8. April nachgelegt. Härtere Strafen bis zu einem Lizenzentzug für Banken, die Kunden beim Steuerbetrug helfen, vollständige Transparenz und Verbot anonymer Briefkasten- und Scheinfirmen sind wichtige Bestandteile dieses weitgehenden Plans.

Gleichzeitig mahnt die SPD-Fraktion seit langer Zeit an, den notwendigen Einsparungen und Strukturreformen in den Krisenländern auch ein Programm für Wachstum und Beschäftigung an die Seite zu stellen. Das erwarten wir auch jetzt im Fall von Zypern. Es ist nicht hinnehmbar, wenn in elf Ländern die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent und in zwei Ländern sogar deutlich über 50 Prozent liegt. Eine verlorene Generation, die sich enttäuscht von Europa abwendet, können und dürfen wir uns nicht leisten. Doch auch hier versagt die schwarz-gelbe Bundesregierung auf ganzer Linie.

Politik für einen starken Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen sind flexibel, innovativ und zeichnen sich häufig durch eine starke regionale Verbundenheit aus. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Tiefensee, ergänzt: „Zentraler Erfolgsfaktor ist die Verbindung von Eigentum und Geschäftsführung. Das führt zu einem langfristigen Denken statt zu kurzfristigem Profitstreben. Hinzu kommt die besondere Verantwortung von Unternehmerin oder Unternehmer für jeden Einzelnen der Belegschaft.“ Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Positionspapier „Unternehmen Zukunft – Politik für einen starken Mittelstand“ konkrete Maßnahmen vorgelegt, um die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand und Handwerk, Selbständigkeit und Existenzgründungen zu verbessern. Denn die Herausforderungen sind groß: Der demografische Wandel, die europäische Finanzkrise und der internationale Innovationsdruck bringen für Mittelstand und Handwerk ganz spezifische Probleme mit sich. Hinzu kommt die Energiewende: Sie ist für den Mittelstand Chance und Risiko zugleich.

Fachkräftebedarf auch künftig sichern

Der demografische Wandel wird den Druck auf die Personalplanung und -entwicklung in den nächsten Jahren weiter verstärken. Die Zahl der Schulabgänger geht zurück, das Ringen um Fachkräfte nimmt zu. Kleine und mittlere Unternehmen, kurz: KMU, sind in besonderer Weise vom Fachkräftemangel betroffen. Im Wettbewerb um qualifiziertes Personal ziehen sie oft den Kürzeren, auch weil das Lohnniveau in der Industrie deutlich höher ist. Die Mittelstandsbeauftragte für das Handwerk, Rita Schwarzelühr-Sutter fordert daher, dem drohenden Fachkräftemangel offensiv zu begegnen: „Das Handwerk ist der Ausbilder der Nation. Um aber den Fachkräftebedarf auch künftig zu sichern, muss man an vielen Stellen ansetzen. Wir wollen die Kinderbetreuung auch in ländlichen Räumen ausbauen, die Schulabbrecherquote senken, die Integration ausländischer Fachkräfte verbessern, lebenslange Qualifizierung und Weiterbildung unterstützen. Die Duale Ausbildung muss in Europa zum Standard werden.“ Zu den von der SPD-Bundestagsfraktion angestrebten Maßnahmen gehören unter anderem, ein Recht auf Berufsausbildung einzuführen und das von der Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld zurückzunehmen.

Für eine reibungslose Finanzierung

Die Eigenkapitalquote hat sich gerade beim Mittelstand in den letzten Jahren gut entwickelt. Schwierigkeiten könnten den kleineren und mittleren Unternehmen jedoch im Hinblick auf die künftige Finanzierung drohen: durch das Zusammenfallen von einer möglichen konjunkturellen Eintrübung und der Einführung von Basel III. Die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Mittelstand und Freie Berufe, Andrea Wicklein, sagt deshalb: „Es muss frühzeitig gehandelt werden, um das Risiko einer Kreditverknappung zu reduzieren. Basel III muss mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden. Außerdem wollen wir Finanzierungsinstrumente wie Leasing, Factoring oder die Ausgabe von Mittelstandsanleihen stärken.“ Daneben würden aber auch weiterhin die „klassischen“ Mittelstandsfinanzierer, also die Sparkassen, die Volks- und Genossenschaftsbanken, aber auch Privatbanken und Bürgschaftsbanken gebraucht. Nur eine dauerhafte Stabilität dieser wichtigen Partner von Mittelstand und Handwerk gewährleistet deren reibungslose Finanzierung.

Innovationen fördern

Die deutschen mittelständischen Unternehmen sind deshalb so erfolgreich, weil sie innovativ, tatkräftig und mutig sind. Mit zuverlässigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit guter Arbeit liefern sie qualitativ hochwertige Produkte. Beim mittelständischen Tüftler geht es jedoch nicht immer um Hightech. Hier liegt das Innovationspotenzial häufig eher in der Verfahrensoptimierung als in einer bahnbrechenden Erfindung. In jedem Fall braucht es qualifizierte Fachkräfte, aber auch Freiräume im betrieblichen Ablauf. Mit der Personaldecke in mittelständischen Betrieben ist das nicht immer vereinbar. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt daher neben der Projektförderung auf eine steuerliche

Mittelstand: Rückgrat der Wirtschaft

Die mittelständischen Unternehmen* in Deutschland...



* bis 499 Mitarbeiter und unter 50 Millionen Jahresumsatz
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2012), Stand 2010

Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen etwa in Form eines wachstumsorientierten Personalkostenzuschusses. Da Innovationen gerade auch in jungen Unternehmen entstehen, plädieren Wicklein, Schwarzelühr-Sutter und Tiefensee für die Rücknahme der Kürzung des Existenzgründerzuschusses und einen erleichterten Zugang zu Wagniskapital.

Gute Rahmenbedingungen schaffen

Neben der Bewältigung der skizzierten Herausforderungen will die SPD-Bundestagsfraktion die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern und Hemmnisse abbauen. Dazu gehört es, bürokratische Pflichten zu reduzieren, insbesondere bei Vorgaben von EU-Ebene. Auch müssen Zahlungsmoral und Gewährleistung gefördert werden. Eine stärkere Beteiligung von Vermögenden an der Finanzierung von Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen sowie am Abbau der Staatsschulden darf nicht an die Substanz der Unternehmen gehen. Zu günstigen Rahmenbedingungen gehört nicht zuletzt eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der Energiewende. Gerade bei energieintensiven, kleineren Betrieben in wettbewerbsintensiven Branchen, wie zum Beispiel bei Bäckereien, wird es darauf ankommen, dass Strom bezahlbar bleibt. Auf all diesen Gebieten hat die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Politikangebote für den deutschen Mittelstand. Damit will sie Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründungen stärken – und die Erfolgsgeschichte Mittelstand fortschreiben.

Das Positionspapier kann unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen heruntergeladen oder bestellt werden.

Projekt Zukunft – Deutschland 2020: In eine starke Wirtschaft investieren

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung lässt kein Leitbild für zukunftsorientierte Investitionen erkennen. Bei Infrastruktur, Energie und Innovationen – also bei handfesten Standortfaktoren – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Die Initiative „Deutschland 2020“ der SPD-Fraktion hat in den vergangenen zwei Jahren Antworten auf die wichtigsten Zukunftsfragen formuliert.

Als Grundlage für neues Wachstum und die Arbeit von morgen braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Auch eine verlässliche, umweltgerechte und nachhaltige Energie- und Rohstoffpolitik, die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Kosten garantiert, ist ein wesentlicher Standortfaktor. Innovationspolitik muss den technologischen Wandel durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen unterstützen und somit Wachstumsimpulse setzen.

In ihrem Antrag „Deutschland 2020 – Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft: Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern“ fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, jährlich 3 Milliarden Euro mehr für die Modernisierung der Infrastruktur und die Energiewende zur Verfügung zu stellen. 2 Milliarden Euro davon sind für die Verkehrsinfrastruktur aufzuwenden. Zudem sind Anreize für mehr Energieeffizienz und Investitionen in Netze und Anlagen zur Energieerzeugung zu schaffen. Der Etat für die Erhaltung der Verkehrswege ist aufzustocken. 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel sollen in ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ fließen. Außerdem muss flächendeckend der Zugang zu schnellen Internetverbindungen gewährleistet sein. Die Bürgerbeteiligung soll bei allen Infrastrukturmaßnahmen verbessert werden. Die SPD-Fraktion fordert von der Bundesregierung ein umfassendes Konzept für die Energiewende, um eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung sicher zu stellen. Die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und die Rohstoffversorgung der Industrie müssen gewährleistet sein.

Der Antrag kann unter www.spdfraktion.de nachgelesen werden.

Millionengaunereien schaden den Anständigen

Wirtschaftskriminalität ist eines der größten und meistunterschätzten Delikte. Es ist ein weltweites Phänomen, das alle Bereiche der Wirtschaft trifft. In den Fokus rücken neben Schmiergeldskandalen vermehrt auch Lebensmittelskandale mit falsch deklariertem Fleisch und Steuerbetrug. Die SPD-Bundestagsfraktion will Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen.

Die Bilanz ist erschreckend: Jedes zweite der im Rahmen einer Studie befragten Unternehmen (52 Prozent) war im Jahr 2011 in Bezug auf Wirtschaftskriminalität von mindestens einem Schadensfall betroffen. Durch so etwas verlieren Menschen ihren Arbeitsplatz, wird der Wettbewerb verzerrt. Vor allem aber sinke das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und die Menschen, und bei vielen entstehe der fatale Eindruck, man hänge die Kleinen und ließe die Großen laufen, wie SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht im Bundestag erklärte. „Deshalb müssen wir die Einführung eines Unternehmensstrafrechtes prüfen.“ Wenn der Staat nicht entschieden gegen Millionengaunereien vorgeht, entstehe eine kaum zu schließende Gerechtigkeitslücke. Gelder, die dem Staat verschleiert werden, fehlen vor allem auch in der Finanzierung der öffentlichen Haushalte – was wiederum die Bürgerinnen und Bürger am härtesten spüren. Wirtschaftskriminelle leben auf Kosten der Kleinen.

„Während eine Kassiererin wegen unerlaubt eingelöster Pfandbons im Wert von wenigen Cents fristlos gekündigt wird, erwirtschaften große Unternehmen Millionen- und Milliardenbeträge durch kriminelle Handlungen“, so Lambrecht. Wie erfahre man von Gammelfleisch oder inakzeptablen Zuständen in Altenheimen?, fragte sie im Plenum. Über die Umetikettierung habe ein couragierter LKW-Fahrer berichtet. Eine Pflegerin hatte sich über die unhaltbaren Bedingungen für die Bewohner in einem Altenheim beschwert. Die mutigen Mitarbeiter seien oftmals Mobbing ausgesetzt oder bekämen die Kündigung. Christine Lambrecht fordert deshalb einen besseren Schutz für Hinweisgeber (Wistleblower).

Dunkelziffer von Steuerbetrügern zu hoch

Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler sehen, dass der Staat nicht gleichmäßig gegen Steuerhinterzieher oder kriminelle Unternehmen vorgeht. Im Jahr 2010 betrug der Schaden durch wirtschaftskriminelle Machenschaften laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) rund 4,66 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte des Gesamtschadens, der durch aufgeklärte Delikte entstanden



ist. Wirtschaftskriminalität hatte aber nur einen Anteil von 1,7 Prozent aller Straftaten, die 2010 in Deutschland begangen worden waren. (Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2011).

Vor allem fehlen die Milliarden, die in Steueroasen geschafft wurden. Deshalb müssen Behörden grenzüberschreitend mit anderen Behörden zusammenarbeiten. Der Austausch von Daten von potenziellen Steuerbetrügern zwischen Staaten muss endlich rechtlich geklärt werden. SPD-Finanzexperte Lothar Binding sagte dazu: „Wenn die Regierung die Steuerhinterziehung wirklich bekämpfen wollen würde, dann müsste sie sich in der G8-Runde und der EU stärker für ein Online-Register für Steueroasen einsetzen.“

Die SPD fordert in ihrem Antrag „Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen“ (Drs. 17/13087) die Bundesregierung auf, ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Deutschland zu erstellen. Die Verfahren für die Strafverfolgung müssen erheblich verbessert werden, damit Steuerhinterziehung und Korruption der Großen nicht die Lasten der Kleinen bleiben. Der Tatort „Internet“ muss besser überwacht werden. Die SPD möchte eine transparente Zusammenarbeit von Bund und Ländern, um vorbeugend gegen Geldwäsche vorgehen zu können.

„Das Steuerabkommen hätte Steuerhinterziehung nicht verhindert“



„Offshore-Leaks“ und die Enthüllungen um Steueroasen haben weltweit für Aufsehen gesorgt. Die steuerliche Selbstanzeige von Uli Hoeneß hat endgültig ein Thema in den Fokus gerückt, das auch der SPD-Fraktion sehr wichtig ist: die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Im Interview mit Fraktion Intern nimmt Fraktionsvize Joachim Poß Stellung.

Steuerhinterziehung gilt bei vielen immer noch als Kavaliersdelikt. Ist es das?

Steuerhinterziehung ist eine Straftat, die nicht mehr akzeptiert werden darf und der man mit aller Macht entgentreten muss.

Der Präsident des FC Bayern München gibt zu, dass er auf das Steuerabkommen mit der Schweiz gehofft hat, um seine Steuerhinterziehung zu legalisieren. Was sagt das über dieses Abkommen aus?

Das zeigt, dass es richtig war, dieses Abkommen zu verhindern. Mit diesem Abkommen hätten sich Steuerkriminelle wie in einem modernen Ablasshandel von der Strafverfolgung freikaufen können. Hoeneß wie die anderen wären anonym geblieben und hätten weiter leben können wie bisher.

Außerdem hätte das Abkommen Steuerhinterziehung auch zukünftig nicht verhindert - auch wenn die Vertreter von Schwarz-Gelb etwas anderes behaupten. Schwarzgeld würde weiter in die Schweiz fließen. Vermögen würde weiter in Anlageformen umgeschichtet werden können, die vom Abkommen nicht erfasst würden. Da konnten wir nicht mitmachen.

Schwarz-Gelb wirft der SPD aber vor, durch die Verhinderung des Abkommens mit der Schweiz auf Milliarden-einnahmen zu verzichten. Stimmt das?

Die Verfechter des Abkommens sprechen immer von 10 Milliarden Euro Steuer Mehreinnahmen. Das ist eine typische Mondzahl. Es wäre wohl viel weniger herausgekommen. Schäuble selbst hat in seinem Gesetzentwurf nur eine Summe von 1,6 Milliarden Euro garantiert. Dafür haben wir jetzt die steuerlichen Selbstanzeigen wie die von Uli Hoeneß.

Die Selbstanzeigen werden auch im Zusammenhang mit dem Ankauf von Steuer-CDs getätigt. Kritiker sprechen hier allerdings von Hehlerei ...

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass Steuer-CDs zur Strafverfolgung genutzt werden dürfen. Wenn Brüderle und Co sich bei Steuer-CDs nur für die Legalität oder Illegalität der Daten interessieren, dann zeigt das, worum es ihnen wirklich geht, nämlich um den Schutz der Steuerhinterzieher – und Steuer-CDs stellen eine erhebliche Gefahr für diese Gruppe dar. Deshalb können wir auf ihren Ankauf nicht verzichten. Übrigens hätten wir mit dem Steuerabkommen auf den Ankauf von Daten aus der Schweiz verzichten müssen.

Es gibt nicht nur grenzüberschreitende Steuerhinterziehung, sondern auch grenzüberschreitende legale Steuer-ermeidung. Wie lässt sich vermeiden, dass Vermögende, aber auch Unternehmen über Steueroasen ihr Geld am deutschen Fiskus vorbeischieben?

Ich will ohne Vollständigkeit einige Stichworte nennen: Das Bankgeheimnis muss endlich weg. Wir müssen z. B. über die Durchsetzung des automatischen Informationsaustausches in ganz Europa vollständige Transparenz schaffen. Wir brauchen eine erneuerte Schwarze Liste für Steueroasen. In der EU müssen wir weiterkommen bei der Entwicklung einheitlicher Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern. Das verlangt europäisches und internationales Einvernehmen. Hierfür muss erheblich mehr gekämpft werden, als es die derzeitige Bundesregierung tut. Und auch national kann einiges mehr gemacht werden als bisher: im Steuervollzug, aber auch durch die Verschärfung des deutschen Steuerrechts an diversen Stellen.

Wolfgang Schäuble kündigt zur Zeit fast jede Woche eine neue Initiative gegen Steuervermeidung an. Was ist denn davon zu halten?

Zunächst einmal bleibt abzuwarten, was aus all diesen Ankündigungen wird. Manches ist gar nicht falsch wie die Erklärung zusammen mit Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien über die Ausweitung von Zinsrichtlinie und Informationsaustausch. Aber warum hat Schäuble das nicht schon vor zwei, drei Jahren gemacht?

Es geht um eine bessere Gesellschaft

Der von der Bundesregierung zu erstellende Armuts- und Reichtumsbericht birgt politischen Zündstoff – das weiß man nicht erst, seitdem sich einzelne Bundesministerien im Herbst 2012 öffentlich über die Sinnhaftigkeit einzelner Sätze des damaligen Entwurfs auseinander gesetzt haben. Genau dies war die Erwartung der SPD-Bundestagsfraktion, als sie sich dafür eingesetzt hat, dass im ersten rot-grünen Koalitionsvertrag ein Armuts- und Reichtumsbericht verankert wird: Die Bundesregierung sollte dazu verpflichtet werden, in Gänze eine Einschätzung über die Entwicklung der Verteilungsverhältnisse und die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe abzugeben. Nur ein offizieller Bericht der Bundesregierung ist geeignet, als Grundlage der politischen Auseinandersetzung zu dienen: Von Berichten von Expertenkommissionen und Instituten wäre eine Distanzierung möglich, so dass kein politischer Diskurs zu Stande käme.

Der im Frühjahr vorgelegte Bericht der schwarz-gelben Bundesregierung macht dies möglich: Er zeigt, dass das Geplänkel zwischen der vermeintlich sozial bewussten Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen (CDU) und dem neoliberalen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) über die Bewertung der Vermögensverteilung und der Bedeutung von Niedriglöhnen nur der Ablenkung dient. Die Frage, welche die eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung sind, wird vollständig ignoriert. Kein Wunder, denn die Bundesregierung hat aus der Deregulierung von Arbeits-, Güter- und Finanzmärkten, die die sozialstaatlichen Strukturen geschwächt hat, keine Konsequenzen gezogen. Sowohl CDU/CSU als auch FDP haben kein Interesse, strukturelle Benachteiligungen zu benennen. Dass sie auf ‚Chancengerechtigkeit‘ als nahezu einziger Definition von ‚sozialer Gerechtigkeit‘ orientieren, hat eine eindeutige ideologische Funktion: Andere Dimensionen, wie insbesondere Verteilungsgerechtigkeit, werden ausgeblendet. Gleichzeitig werden soziale Risiken individualisiert: Wenn ‚Chancengerechtigkeit‘ gegeben sei, liege es an jeder und jedem Einzelnen, ob sie damit etwas anzufangen wissen, und damit ihr Leben bewältigen. Letztendlich sollen so die Verteilungsergebnisse des Marktes legitimiert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat demgegenüber in ihrem Antrag „Die notwendigen politischen Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ziehen“ (Drs. 17/13102) eine klare Analyse der tatsächlichen sozialen Verhältnisse formuliert. Gleichzeitig werden dort Anforderungen an die Erstellung zukünftiger Armuts- und Reichtumsberichte definiert: Dies gilt für die Entwicklung aussagefähiger Indikatoren, die notwendige Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft und die Vernetzung mit anderen Berichten zur sozialen Lage.

Wesentlich ist aber, dass die notwendigen Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung gezogen werden, um die gesellschaftliche Spaltung zu begrenzen und insbesondere die Ursachen von Armut zu bekämpfen. Zur Stärkung der Verteilungsgerechtigkeit sind daher folgende Forderungen zentral:

1. Erwerbsarbeit muss gute Arbeit sein: Neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns müssen prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden. Und: Die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss endlich durchgesetzt werden.
2. Steuerpolitik muss Steuern: Bei der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften muss das Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit gelten. Gewinne aus Finanzmarkttransaktionen müssen abgeschöpft werden.
3. Eine moderne Sozial- und Gesundheitspolitik: Die Sozialversicherungen müssen modernisiert und an die gewandelte Arbeitswelt angepasst werden.
4. Bildungspolitik als Säule des vorsorgenden Sozialstaats: Von der frühkindlichen Bildung über ein flächendeckendes Angebot von Ganztagesbetreuungsangeboten und -schulen, die Förderung inklusiven Lernens bis zum individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung sind die individuellen Chancen zu verbessern.

Damit ist klar: Es geht bei dem Armuts- und Reichtumsbericht nicht um Worte. Es geht um eine bessere Gesellschaft.

Raus aus der Beitragsschuldenfalle

Seit 2007 kommen auf Versicherte bei gesetzlichen Krankenversicherungen, die ihre Beiträge nicht bezahlt haben, Säumniszuschläge in Höhe von fünf Prozent im Monat zu. Diese Regelung wurde bei der Einführung der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherungspflicht auf Drängen der Union eingeführt. Sie befürchtete, dass freiwillig Versicherte trotz eingeschränkter Versicherungsleistung keine Beiträge zahlen und wachsende Schulden in Kauf nehmen.

Doch in der Praxis bedeuten diese Zuschläge ungerechten Wucher. Aus kleinen Beitragsschulden werden Schuldenberge. Das schadet den Versicherten und auch der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die zuvor bestehende Regelung, nach der für Beitragsschulden Säumniszuschläge in Höhe von einem Prozent zu zahlen waren, reicht vollkommen aus. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag, zu dieser Regelung zurückzukehren. Damit Personen aus der Schuldenfalle herauskommen, die trotz der bestehenden Versicherungspflicht über längere Zeit nicht krankenversichert waren, soll für sie die Zahlung der Säumniszuschläge begrenzt werden. Künftig soll auch in der gesetzlichen Krankenversicherung gelten, was bei den Privaten gilt: Danach wird ein Monatsbeitrag je angefangenem Monat der Nichtversicherung fällig. Ab dem sechsten Monat ist nur noch ein Sechstel des Monatsbeitrags zu zahlen. Für Altfälle mit hohen, auf den Säumniszuschlägen beruhenden Beitragsschulden, sollen die Krankenversicherungen sozialpolitisch tragfähige Lösungen vorsehen. Die nachzuzahlenden Beiträge sollen ermäßigt oder gestundet werden. Oder es soll ganz auf die Nachzahlung verzichtet werden. Damit keine Bürgerin und kein Bürger aus der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht herausfallen bzw. nicht erfasst werden kann, soll der Grundsatz gelten, dass eine bestehende Krankenversicherung nur dann gekündigt werden kann, wenn eine Versicherung bei einem anderen Versicherer nachgewiesen wird.

Reloadtaste beim Emissionshandel drücken

Unternehmen können in Europa Rechte zum CO₂-Ausstoß untereinander handeln. Das sollte zu CO₂-Einsparung führen, z. B. durch technische Innovationen und Investitionen in Effizienzsteigerungen in Unternehmen. Doch der Emissionshandel hat als Leitinstrument des europäischen Klimaschutzes diese Lenkungswirkung verloren.

An die Unternehmen wurden zu viele Emissionszertifikate ausgegeben. Zudem wurde ihnen gestattet, die verbliebenen Zertifikate aus der ersten Handelsperiode in die neue Periode zu übertragen. Außerdem konnten sie durch z. T. fadenscheinige Projekte in Entwicklungsländern über den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung CO₂-„Gutschriften“ erwerben. Dadurch besteht ein Überangebot an Emissionszertifikaten, was zu einem Preisverfall führte. Im April 2013 lag der Preis für eine Tonne CO₂ nur bei rund 3 Euro. Damit für die Unternehmen ein Anreiz besteht, in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren, müsste der Preis bei 20 Euro bis 30 Euro liegen. Durch den aktuell sehr niedrigen Preis lohnt es sich für Unternehmen nicht, in Klimaschutz zu investieren.

Damit der europäische Emissionshandel wieder seine volle Wirkung entfalten kann, müssen in einem ersten Schritt überschüssige Zertifikate vom Markt genommen werden. Dieses sog. Backloading im Wert von 900 Millionen Euro hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, was das Europaparlament am 16. April mit konservativ-liberaler Mehrheit ablehnte. Das Vorhaben wurde an den Unterausschuss des Europaparlaments zurücküberwiesen und wird in ca. zwei Monaten wieder im EU-Parlament zur Abstimmung stehen.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag auf, die EU-Kommission dabei zu unterstützen, CO₂-Zertifikate vorübergehend aus dem Markt zu nehmen. Es liegt in der Verantwortung von Kanzlerin Merkel, dies in der Koalition durchzusetzen. Gibt es kein klares Signal für einen wirkungsvollen Emissionshandel, dann wird das System in Frage gestellt werden, und es wird kein globales System geben. Allerdings kann das Backloading nur ein erster Schritt sein, mittel- bis langfristig muss der Emissionshandel durch strukturelle Maßnahmen zukunftsfähig gemacht werden.

Die Ergebnisse der „Fortschrittsenquete“

Nach langem Ringen konnten SPD und Grüne durchsetzen, dass sich der Deutsche Bundestag umfassend mit den Ursachen und Wirkungen der schweren Krisen der letzten Jahre beschäftigt. Es sollten Vorschläge zur Bewältigung der großen Herausforderungen erarbeitet werden. Die Kommission hat am 15. April 2013 den Entwurf des Abschlussberichts vorgelegt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Insbesondere die Vorschläge der Opposition werden, wenn sie umgesetzt werden, zu einer Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft führen.

Rot-Grün zeigt mit den Empfehlungen Wege zu einem tragfähigen Wohlstandsmodell auf, bei dem soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander in Einklang gebracht werden. Zukunftsfähige Politik braucht ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung. Dabei geht es nicht um Wachstum ja oder nein, sondern um Antworten darauf, wie eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.

Ein neuer Wohlstandsindikator

Mit dem neuen Indikatorenmodell (siehe unten) sollen Wohlstand und Lebensqualität besser abgebildet werden. Ökonomie, Soziales und Ökologie sind dabei gleichberechtigte Zielgrößen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Kommission

- Wachstum ist kein Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck.
- Die aktuellen Finanzreformen greifen zu kurz. Strengere Eigenkapitalanforderungen, eine wirkungsvollere Regulierung des Schattenbankensystems, eine Reform der Vergütungssysteme und eine kompetente Europäische Bankenaufsicht sind notwendig.
- Finanzpolitik ist nur zukunftsfähig, wenn mit den Einnahmen des Staates dauerhaft die wichtigen öffentlichen Aufgaben, wie z. B. Bildung gestaltet werden können.
- Wachstum ist nur im Rahmen der planetarischen Umweltgrenzen möglich.
- Eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs ist daher notwendig. Eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist durch die vielfach eintretenden Rebound-Effekte nicht ausreichend. Das heißt, dass Einsparungen, die z. B. durch effizientere Technologien entstehen, durch vermehrte Nutzung und Konsum stets überkompensiert werden.

- Effizienzmaßnahmen müssen durch Konsistenz- (Stoffkreislauf) und Suffizienzmaßnahmen (freiwillige Verhaltensanpassung) ergänzt werden.

SPD und Grüne wollten noch mehr erreichen

- Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern die Etablierung eines Trennbankensystems und darüber hinaus endlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für stabilere Finanzmärkte.
- Eine gerechte Einkommens- und Vermögensbesteuerung ist geboten.
- Der demografische Wandel ist kein Sachzwang, der sozialpolitische Errungenschaften in Frage stellt und Ausgabenkürzungen notwendig macht. Deshalb benötigen wir u. a. eine breite Finanzierungsbasis für die Sozialversicherungen, z. B. durch Einführung der Bürgerversicherung, Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und bessere Qualifizierung jugendlicher Zuwanderer.
- Um die Nachhaltigkeit von Arbeitswelt, Lebensstilen und Konsumverhalten zu erreichen, ist eine Politik der Ermöglichung notwendig.
- SPD und Grüne verfolgen dabei u. a. das Ziel der guten Arbeit, einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt, die Einführung des Mindestlohns und neue Arbeitszeitmodelle, die mehr Zeitsouveränität schaffen.
- Bildung ist der entscheidende Faktor für die Nachhaltigkeit von Lebensstilen und Konsumverhalten.
- Eine Mehrebenen-Strategie ist nötig: Neben globalen Klimaverhandlungen muss auch die europäische und nationale Ebene genutzt werden; Deutschland und Europa müssen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Eine sozial-ökologische Transformation ist notwendig. Dazu bedarf es einer exzellenten Wissenschaft und einer leistungsfähigen und hochmodernen Wirtschaft.



Eine Frage des Selbstverständnisses

Am 25. April hat der Bundestag über unseren Antrag abgestimmt, die NPD als verfassungsfeindliche Partei durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen.

„Dieser Antrag war vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses der Sozialdemokratischen Partei für uns eine Angelegenheit von ganz großer Ernsthaftigkeit“, so Thomas Oppermann. Es war kein „Show-Antrag“. Alle Redner waren sich einig, über alle Fraktionen hinweg: Die NPD ist eine rassistische, antisemitische, verfassungsfeindliche Partei. Warum sollte sie vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben? Unser innenpolitischer Sprecher Michael Hartmann brachte es auf den Punkt: „Wir leben in einem Land, das aufgebaut ist auf einem Nie-wieder zu nationalsozialistischer Tyrannei“.

Dem Bundestag lag die Materialsammlung des Verfassungsschutzes vor. Wir haben im Januar beantragt, dass der Bundestag sie prüfen sollte. Wir haben sie sorgfältig geprüft. Wir sind uns sicher: Ein Verbot der NPD ist politisch notwendig, ist verfassungsrechtlich und europarechtlich gut begründbar.

Dabei steht das „Ob“ eines Verbotsverfahrens außer Frage. Der Bundesrat hat sich festgelegt. Der niedersächsische Innenminister und Vorsitzende der Innenministerkonferenz Boris Pistorius appellierte an das Parlament, sich mit einem eigenen Antrag anzuschließen. Die Demokraten im Bund und in den Ländern müssten geschlossen zusammenstehen. Die schwarz-gelbe Mehrheit folgte aber der Bundesregierung, die nach monatelangem Schlingerkurs den Bundesrat alleine kämpfen lassen will – damit auch die unionsgeführten Landesregierungen. Für unseren Antrag stimmten 211 Abgeordnete, darunter auch 18 Abgeordnete der Grünen, die Farbe bekennen wollten, statt sich zu enthalten.

Den syrischen Flüchtlingen helfen

Zwei Jahre nach Beginn des Aufstands gegen das Assad-Regime in Syrien hat die Zahl der Syrer, die vor dem Bürgerkrieg in die Nachbarstaaten geflohen sind, die Millionengrenze überschritten. Nach Einschätzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, António Guterres, wird sie bis zum Jahresende die Dreimillionengrenze erreichen. Die Anrainerstaaten Syriens sind als Aufnahmestaaten bereits jetzt überlastet und benötigen dringend unsere Solidarität.

Die weitere Unterstützung vor Ort ist deshalb besonders wichtig. Um den hohen Belastungsdruck auf die Aufnahmestaaten abzumildern, muss die Hilfe vor Ort dadurch ergänzt werden, dass auch Staaten aus anderen Weltregionen Teile der Flüchtlinge aufnehmen.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat viel zu lange gezögert mit seiner Zusage, in den kommenden Monaten bis zu 5.000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Hinzu kommt, dass diese Zahl angesichts der Flüchtlingskatastrophe nur ein erster Schritt sein kann.

Deshalb hat die SPD-Fraktion bereits im März die Bundesregierung zu deutlich mehr Engagement in diesem Bereich aufgefordert. Konkret verlangt die SPD von der Bundesregierung, dass sie sich gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich dafür einsetzt, dass schnell eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge, die in Nachbarstaaten Syriens geflohen sind, ergriffen wird.

Insbesondere sollten Angehörige religiöser Minderheiten, Folteropfer und traumatisierte Flüchtlinge, alleinstehende Frauen, Kinder, Alte und Kranke berücksichtigt werden. Als ergänzendes Kriterium sollten Verwandtschaftsbeziehungen hinzu gezogen werden, um die soziale und wirtschaftliche Integration der Aufgenommenen zu erleichtern.

Darüber hinaus verlangt die SPD-Fraktion von der Bundesregierung, dass sie sich gegenüber den Ländern dafür einsetzt, den Abschiebestopp nach Syrien zu verlängern und die Auslegungs- und Ermessensspielräume für die Gewährung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen für hier lebende Syrer großzügig auszuschöpfen.

Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion



Zum zweiten Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft in den Reichstag eingeladen. Im Zentrum stand die Mittelstandsoffensive der Fraktion. Mehr als 700 Gäste kamen am 22. April zum zweiten Wirtschaftsempfang ins Reichstagsgebäude. Zuvor hatten viele der Gäste an drei Gesprächspaneln zu Energiewende, Fachkräftesicherung sowie Mittelstand und Innovationen teilgenommen.

In seiner Begrüßungsrede sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, der Mittelstand habe „hohe Weltmarktanteile“ und sei unbestritten das „Herz der deutschen Wirtschaft“.

Während die Regierung in Chaos versinke präsentiere die SPD Konzepte, um den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. Steinmeier: „Wir sind entscheidungsfreudig, und das ist es, was die Wirtschaft möchte.“ Nicht zuletzt der Krisenpolitik der SPD mit dem damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sei es zu verdanken, „dass wir nach der Lehman-Pleite keine industriellen Arbeitsplätze preisgegeben haben“.

Der Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Metall, Martin Kannegiesser, sagte, die „Tradition hat auf dem Weg in die Zukunft Recht behalten“. Entscheidender Faktor für den Mittelstand sei die Innovationskraft. Er mahnte die Politik, das Projekt Europa nicht zu gefährden, „Europa ist unser Binnenmarkt“. Denn die Unternehmen operierten heute weltweit, und das müssten sie auch. Exporte gingen schließlich in die ganze Welt.

Zweites Planspiel voller Erfolg

Wie vergangenes Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion auch 2013 wieder ein Planspiel veranstaltet. 140 Jugendliche kamen aus ganz Deutschland nach Berlin, um die Arbeit der Abgeordneten zu simulieren.

Wie die „richtigen“ Abgeordneten wählten die Planspiel-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer aus ihrer Mitte einen Fraktionsvorsitzenden samt Stellverteter/innen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 20 Jahren erarbeiteten in sechs Arbeitsgruppen Anträge; sie diskutierten eifrig, kritisierten, strichen Sätze und legten jeweils einen finalen Antrag vor. In den „echten“ Arbeitsgruppen bekamen die Planspieler konkretes Feedback der Abgeordneten. Die Ergebnisse der Planspielanträge fließen nun in die Arbeit der Arbeitsgruppen der SPD-Fraktion ein.



Die Jugendlichen beschäftigten sich in ihren Arbeitsgruppen etwa mit Bildung, Integration oder Rechts extremismus. In der abschließenden Fraktionssitzung führte der Vorsitzende Florian Schuster durch hitzige Debatten, als über die Anträge abgestimmt wurde. Politik sei nicht immer einfach, sagte er nach vier Tagen und bedankte sich bei allen für die konstruktive Arbeit.

Rundherum wurde den Jugendlichen ein breites Rahmenprogramm geboten samt Stadtrundfahrt und Fototermin mit Frank-Walter Steinmeier. Viele trafen sich mit den Abgeordneten aus ihren Wahlkreisen. Über all das haben zum ersten Mal junge Journalisten/innen berichtet, Newsletter verfasst und Artikel für eine Planspiel-Zeitung formuliert, als Erinnerung für alle.

Fotos vom Planspiel gibt es auf www.spdfraktion.de/flickr

Personalie



Trauer um Ottmar Schreiner

Mit Trauer und Bestürzung hat die SPD-Fraktion am 6. April vom Tod ihres langjährigen Freundes, Kollegen und Weggefährten Ottmar Schreiner erfahren. „Ottmar Schreiner war ein aufrechter Sozialdemokrat, der mit Geduld, Zähigkeit, messerscharfem Verstand, großem Herz und vor allem mit nie nachlassender Leidenschaft für Gerechtigkeit und sozialdemokratische Werte gestritten hat. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke in der sozialdemokratischen Familie“, erklärte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Ottmar war seit 1980 Mitglied des Bundestages. Von 2000 bis 2012 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD. Er gehörte von 2001 bis 2011 dem SPD-Bundesvorstand an, und war von 1998 bis 1999 Bundesgeschäftsführer der SPD. Von 1997 bis 1998 war Ottmar stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Ottmar wurde 67 Jahre alt.



Willkommen Astrid Klug

Für den verstorbenen Ottmar Schreiner rückt Astrid Klug als neues Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion nach. Klug (45) war von November 2009 bis Juni 2012 Bundesgeschäftsführerin der SPD. Zuvor gehörte sie für zwei Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag an. Von November 2005 bis Oktober 2009 war Klug Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Nun will sie „vor allem Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sein und David Lindemann als SPD-Direktkandidat im Wahlkreis 299 und die saarländische SPD nach besten Kräften im Wahlkampf unterstützen“.



Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen oder unter nebenstehendem QR-Code.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint im Juni 2013 Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Alexander Amersberger, Jörg Deml, Thilo Kühne, Fabian Langenbruch, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Dirk Sawitzky, Frank-Walter Steinmeier, Stefan Uecker, Clemens Zick

Abbildungen: Bilderbox (S. 9), Bildschön (S. 2, 15), Dominik Butzmann (S. 16), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), picture-alliance/dpa (S.6), SPD-Bundestagsfraktion (S. 10, 16) Susanne Voorwinden nach IG-Metall (S. 4), nach einblick/DGB (S.5), nach picture-alliance (S. 7), Susanne Voorwinden (S. 13), Klaus Vhynalek (Titel) Patryk Witt (S.15)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet